

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsern Sohn
für das Jahr monatlich 60.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Buchhändler
und für Nummern die Postämter
entgegen. — Erhöht monatlich.
Vertrieb: Anstalt Nr. 22.
Telegraphische Anstalt: Erzgebirge.

Redaktionspreis: Die Redaktionspreise
bestimmen sich nach dem Umfang und
Anlage des Anzeigers. — Anzeigen
preis 20.00 Mark, Anzeigenpreis
20.00 Mark, bei größeren Ab-
nahmen auf Verlangen Rabatt.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 228

Freitag, den 29. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der bekannte kommandierende General der deut-
schen Luftstreitkräfte im Weltkrieg, Ernst
von Hoeppner, ist in Bad Nauheim einem Herz-
schlag erlegen.

Die Direktoren des englischen und des franzö-
sischen Ausgleichsamtes werden zu Verhand-
lungen am 5. Oktober in Berlin eintreffen.

Die politische Garantie, die Österreich ge-
ben soll, wird die Neutralisierung des San-
dals erlangen.

Der Dollar notierte heute vormittag in
Berlin vorbörslich mit 1650.

Die neue Kriegsgefahr.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es zeigt sich wieder einmal, daß der Balkan die
größte Gefahrenquelle für den europäischen Frieden ist.
Das große Entgegenkommen der Alliierten an die An-
gehörigen hat bei denen einen recht geringen Eindruck
gemacht. Die türkische Kavallerie in der neutralen
Zone hat sich nicht zurückgezogen, sondern im Gegenteil
durch Nachschübe verstärkt, behauptet sie ihre Stellungen.
Kemal Pascha hat auf die Aufforderung hin, die
neutrale Zone zu räumen, kühl erklärt, daß ihm von
einer solchen Einrichtung nicht das mindeste bekannt sei.
Das ist eine deutliche Anspielung auf seine Haltung bei
der Frage des Friedens von Sevres. In diesem
hat man die Freiheit der Meerengen, wie sie England
versteht, vorgesehen und in diesem Friedensvertrag be-
findet sich auch der Hinweis auf eine neutrale Zone, die
längs den Ufern der Meerengen errichtet werden sollte.
Kemal gibt also jetzt zu verstehen, daß der Vertrag von
Sevres für ihn Aft ist. Im übrigen aber erklärt er,
daß auch er Zusammenstöße zu vermeiden wünsche. Aber
dieser Wunsch erscheint rechtlich platonisch, wenn er sich
nicht ansieht, seine Truppen zurückzunehmen. Schon
verläutet, daß die Türken im Gegenteil noch wei-
ter nach Norden vordringen und bewaffnete
englische Abteilungen ihnen entgegengefeuert
werden. Die Engländer schalten in der neutralen Zone
im übrigen wie in einem Kriegsgebiet. Sie haben Kan-
onen niedergelegt, um festes Schußfeld zu bekommen und
auch sonst allerlei getan, was man mit dem berühmten
Bortwand der militärischen Notwendigkeiten bei den Mi-
litärs aller Länder bemerkt. Der Unterschied ist nur
der, daß, wenn die Deutschen im Weltkrieg das Gleiche
taten, die englische Propaganda über Dummengreuel
sich entzündete. Kemal hat in seiner Rede auch gegen
diese englischen Behauptungen protestiert. Im übrigen
wäre es ja sein, daß einige militärische Stützpunkte auf
beiden Seiten es im Tschanal-Gebiet zu Zusammenstößen
kommen lassen. In der Absicht Kemals liegt das offen-
bar nicht. Er hat sowohl von der Tschanal-Front wie
von Smyrna starke Truppenmengen abgezogen, offenbar
um sie gegen Konstantinopel aufmarschieren zu lassen.
Er kann nur über Konstantinopel nach Thrazien gelan-
gen und es ist nicht anzunehmen, daß er dieses Ziel aus
dem Auge läßt.

Die Entente-Länder haben den Türken unter dem
Druck Frankreichs Thrazien und Adrianopel verpro-
hen. Aber wie nun, wenn die Griechen das Gebiet
nicht freiwillig herausgeben? In Griechen-
land ist eine Militärrevolution ausgebrochen.
Sie ist keineswegs nach dem russischen und deutschen Mu-
ßer der Kriegsmilitarität entsprungen, sondern die na-
tionalistischen Generale erklären Konstantin für abge-
setzt, weil er nicht um Thrazien kämpfen will. Gelingt
es ihnen, die Mannschaften mit fortzureißen, so ist die
Gefahr des Uebergreifens der kriegerischen Ereignisse
nach Europa gegeben. Die Entente hätte das nur
verhindern, wenn sie jetzt den Griechen mit Waffenge-
walt in den Arm fiele. Schließlich kann sie doch nicht
den Türken verwehren, den Willen der Entente-Länder
mit den Waffen zu verteidigen, wenn in Griechenland
eine wilde Militärrevolution die Kämpfe in Thrazien
entzündet. Man sieht, hier ist zu den vielen Spezial-
konflikten, die das Orientproblem als Ganzes in sich
birgt, noch ein neuer gekommen, und es kann als frag-
lich gelten, daß sich die Entente bereits schlüssig darüber
ist, wie er zu lösen wäre. König Konstantin ist
durch die griechische Militärrevolution ebenfalls er-
ledigt. Der General Krieger, der die Regierungsbil-
dung übernehmen will, ist ein Venizelist. Es liegt
etwas Tragisches in dem Schicksal Konstantins. Als er
auf den Griechenschiffen zurückkehrte, mußte er den Ver-
such unternehmen, das Groß-Griechenland des Herrn
Venizelos zu behaupten. Der Kaiser hatte dieses ver-
wundbare Reich in großer Ausdehnung vererbt. Die

Nationalisten aller Länder lernen ja nichts aus der Ge-
schichte. Sie vergessen immer wieder, daß ein großes
Reich unter Umständen ein schwaches Reich sein kann.
Konstantin ist daran gescheitert, daß er Venizelos' Pro-
gramm festhielt. Er konnte aber Groß-Griechenland
nicht opfern, wenn er sich gegen die Venizelisten be-
haupten wollte. Es war ein unentrinnbares Schicksal.

Das geschwächte Griechenland kann die Verteidigung
Thraziens kaum allein auf sich nehmen. Es ist darum
verständlich, daß man sich des alten Bündnisses mit
Jugoslawien erinnert. In Belgrad ist über Nacht
eine gefährliche Kriegsstimmung entstanden.
Aber die Regierung scheint sich nur unter sehr harten
Garantien in ein kriegerisches Abenteuer stürzen zu
wollen. Sie soll die endgültige Entwaffnung Ungarns
und Bulgariens, sowie strategische Grenzverbesserungen
gegenüber Rumänien und Bulgarien verlangen, und
außerdem will sie Saloniki für die Südslaven fordern.
Damit würde Griechenland die Bundesgenossenschaft
durch ein neues Opfer erkaufen. Griechenland verlor
außer Smyrna noch Saloniki, den besten Hafen des
ganzen Balkans. Die Serben wären natürlich bereit,
um diesen Preis auch für die Entente Krieg gegen Ke-
mal zu führen. Aber es ist nicht anzunehmen, daß jetzt
die Alliierten auch noch den Serben Versprechungen
machen, nachdem sie die Versprechungen an die Tür-
ken zu einer so starken Komplizierung der Lage geführt
haben. Aber das Erwachen der Kriegsstimmung in
Belgrad erhöht die Gefahr eines neuen Krieges auf
europäischem Boden. Es wird nicht leicht sein, den so
vielfach verschlungenen Knoten in rascher Zeit zu lösen.
Und fraglich ist es, ob er im Wege einer Friedenskon-
ferenz leicht schon lösbar ist.

Die Präambel der evangelischen Landeskirche.

In der verfassungsgebenden Kirchenversammlung
Preußens hat die dritte Lesung des Verfassungsentwurfs
mit einem bedeutenden Sieg der Rechten, der Dr.
Theobald, begonnen. Im Widerspruch zur Linken und
zum evangelischen Kirchenrat ist die Kompromißformu-
lierung der zweiten Lesung bezüglich der Präambel
(Einleitung) zur Kirchenverfassung wieder in orthodoxem
Sinne abgeändert und in namentlicher Abstimmung mit
127 gegen 81 Stimmen als Bekenntnisfestlegung be-
schlossen worden. Danach steht die preußische evange-
lische Landeskirche auf dem Evangelium von Jesus Chris-
tus, dem Sohne des lebendigen Gottes, dem für uns
Gekreuzigten und Auferstandenen und erkennt die fort-
dauernde Geltung ihrer Bekenntnisse an: des apostoli-
schen und der anderen altkirchlichen, ferner der Augs-
burgerischen Konfession, ferner der Apologie, der Schmal-
kaldischen Artikel und des kleinen und großen Katechi-
smus Außers in den lutherischen Gemeinden, des Heidel-
berger Katechismus in der reformierten, sowie der son-
stigen Bekenntnisse, wo solche in Kraft stehen. Die neue
evangelische Volkskirche soll hiernach eine orthodoxe
Bekenntnis-Kirche werden. Alle Vorstellungen der
freier gerichteten Mitglieder der Kirchenversammlung,
unter ihnen auch des bekannten Professors Dr. Käpff,
haben diese Wendung nicht zu verhindern vermocht. Wenn
die dritte Lesung so endigt, wie sie begonnen hat, wird
leider die neue evangelische Volkskirche jede Bekennt-
nistätigkeit verlieren.

Vom Kommunismus zum Staatssozialismus.

Der russische Außenhandelskommissar Krassin
schreibt über die neue ökonomische Politik der Sowjet-
regierung: Für die Bauernschaft ist nach der Nationali-
sierung und teilweisen Umverteilung des Großgrund-
besitzes das Prinzip der freien Wirtschaft in der neuen
Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands durchgeführt; ebenso
ist für den kleinen Gewerbetreibenden wie auch für den
Innenhandel wieder die freie Wirtschaftsform gewählt.
Während für die mittleren Betriebe Pachtsverträge und
für die großen industriellen Unternehmungen Konzes-
sionsverträge zum neuen Wirtschaftsprogramm gehören.
Diese neue Wirtschaftsform, die die überwindens-
werte kommunistische Abstraktion, kennzeichnet sich somit als
ein Staatskapitalismus, der eine möglichst weitgehende
staatliche Regelung aller wichtigen industriellen Zweige
und der Haupttriebkraft des volkswirtschaftlichen Lebens
sowie der Produktionsquellen anstrebt. Durch das Re-
glement vom 22. Mai d. J. sind die Rechtsgrundlagen so-
wohl für den privaten Besitz von Produktionsmit-
teln und der Produktion selber, als auch für die Rege-
lung der Benutzung des Grund und Bodens und zum
Teil für die Wiederherstellung der Eigentumsrechte auf
Stadt- und Landhäuser, sofern dieselben nicht vor dem

nationalisiert oder munitipalisiert worden waren, ge-
geben. — Damit gibt der offizielle russische Volkswirt-
schaftsminister für den Außenhandel an, daß der Kommunismus
in Russland völlig bündig bündert gemacht hat und
nur noch eine geschichtliche Episode darstellt. Wenig-
stens in Russland, denn anderwärts schweben ja bekannt-
lich noch breite Arbeitermassen auf die kommunistischen
Ideen und streben ihre Durchsetzung nach wie vor mit
allen Kräften an.

Kleine politische Meldungen.

Über 80 Zeugen im Rathenau-Mordprozeß. Von den An-
geklagten im Rathenau-Mordprozeß ist bisher nur Ernst von
Salomon, der der Beihilfe zum Mord beschuldigt ist, nach
Weipzig übergeführt worden. Der Angeklagte befindet sich im
Gewahrsam der Weipziger Polizei. In dem Prozeß wird als
medizinischer Sachverständiger Geheimrat Medizinalrat Pro-
fessor Dr. Straßmann aus Berlin fungieren. Als Beweis-
mittel werden die Kleidungsstücke des ermordeten Reichsmini-
sters Rathenau eine hervorragende Rolle spielen. Zu dem
Prozeß sind bis jetzt 80 Zeugen geladen worden, doch steigt
die Zahl der Zeugen täglich.

Das neue deutsch-französische Abkommen demontiert.
Die lothringischen Metallwerke von Hagendingen, Kneutungen
und Rombach demontieren in einem gemeinsamen Brief
an Journale Industrielle die ihnen gestern ausgetriebene Ab-
licht, mit dem deutschen Kohlenbergbau im Ruhrgebiete ein
Abkommen zu treffen.

Amerika wünscht Bezahlung durch deutsche Harbstoffe.
New York Times meldet aus Washington: Staatssekretär
Hughes hat einen Plan ausgearbeitet, nach welchem vorbehalt-
lich der Zustimmung der Reparationskommission
es den Vereinigten Staaten gestattet sein soll, ihren Anteil
in Gestalt von deutschen Harbstoffen ohne Geld-
bezahlung zu erhalten. Der Preis der Harbstoffe soll der
amerikanischen Forderung von 258 Millionen Dollar für die
Erhaltung der amerikanischen Besatzungstruppe am Rhein
entsprechend werden.

Abschluss der Reparationsdebatte im Völkerbund. Die
Völkerbundversammlung nahm die Anträge des Abrüstungs-
ausschusses einschließlich der Entschlüsse über die Garan-
tievorgänge und die Reparationsfrage nach einer
wenig sensationellen Aussprache einstimmig an. Den einzigen
Höhepunkt bildete die Erklärung des Lords Robert Cecil,
in der dieser unter Bezugnahme auf die Worte des Jonvenels
über Bethmann-Hollweg, Bismarck und Bismarck als Vertreter
der militärischen Mentalität sagte, solche Männer gäbe es auch
in anderen Ländern, auch in Frankreich; aber wie in
Frankreich die Mehrheit des Volkes für den Frieden sei, so
sei auch die Mehrheit der anderen Nationen — ob sie nun dem
Völkerbund angehören oder nicht — friedlich gesinnt.

Rückkehr des französischen Botschafters. Die Frage des
Wechsels im französischen Botschafterposten in Berlin ist noch
nicht erledigt. Es besteht die Möglichkeit, daß Laurent
noch einmal auf kurze Zeit nach Berlin zurückkehrt und daß
es vielleicht sogar gelingen wird, ihn dazu zu bewegen, seinen
Posten zu behalten.

Demission zahlreicher französischer Diplomaten. In Ber-
lin außerpolitischen Kreisen beachtet man, daß in den letzten
Tagen zahlreiche französische Diplomaten ihre Demission ge-
geben haben. Man bringt das in Verbindung mit den Gerüchten
über einen Kurswechsel in der französischen Politik, die
immer bestimmtere Formen annehmen. — Diese Nachricht ist
mit der gebotenen Zurückhaltung aufzunehmen. Nur Latein
der Pariser Regierung können überzeugen.

Brandenburgs Rücktritt. Der Herr Brandburg hat aus autorisierter
Quelle erfahren haben, Sir John Brandburg habe der
britischen Regierung seine Demission als Delegierter bei
der Reparationskommission überreicht und verlasse
seinen Posten im Oktober.

Aufbruch in Albanien. Wie der Frankfurter Zeitung aus
Rom gemeldet wird, liegen dort Nachrichten über den Aus-
bruch eines Aufbruchs in Albanien vor. Die albanischen
Regierungsgruppen seien bei Dürana geschlagen worden.
Ursache des Aufbruchs sei vermutlich die Rückwirkung der Er-
eignisse im Orient auf Albanien.

Ablehnung tschecho-slowakischer Schulen für Sachsen.

Die tschecho-slowakische Nachrichtenstelle in Chemnitz teilt mit:
Das tschecho-slowakische Konsulat in Chemnitz hatte sich
an den Rat mit der Bitte gewandt, zwei tschecho-slowa-
kische Schulen in Chemnitz zu eröffnen, damit dort den Kindern von hier ansässigen tschecho-
slowakischen Eltern Unterricht in der tschecho-
slowakischen Sprache erteilt werden könne. Der
Rat hat sich nicht in der Lage gesehen, diesem Wunsch
ohne weiteres zu entsprechen und hat zunächst bei an-
deren Städten und insbesondere beim Ministerium des
Aussers und öffentlichen Unterrichts Rücksprache gehalten.

Das Ministerium hat folgendes geantwortet:
Es ist bekannt, daß in der Tschecho-Slowakei seit ihrem
Bestehen eine überaus große Zahl tschecho-slowa-
kischer Schulen durch den Staat verfallen
sind, und daß dieser Prozeß der Zurückdrängung des
deutschen Schulwesens zugunsten der tschecho-slowa-
kischen Schulen fortgesetzt wird. Es ist abzu-
sehen, daß noch heute, vier Jahre fast nach dem Um-